

Erstellungsbericht

**FBF Betondienst GmbH
Ostfildern**

**Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2024**

INHALTSVERZEICHNIS

Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses

1. Auftragsannahme
 - 1.1 Auftraggeber und Auftragsabgrenzung
 - 1.2 Auftragsdurchführung
2. Grundlagen des Jahresabschlusses
 - 2.1 Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte
 - 2.2 Ausübung von Wahlrechten
 - 2.3 Grundlagen des Jahresabschlusses
3. Wirtschaftliche und rechtliche Verhältnisse
4. Art und Umfang der Erstellungsarbeiten
5. Vorgelegte Belege, Bücher und Bestandsnachweise
6. Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung

ANLAGEN

1. Bilanz zum 31. Dezember 2024
2. Gewinn- und Verlustrechnung für 2023
3. Anhang für 2024
4. Entwicklung des Anlagevermögens 2024
5. Lagebericht für 2024 - von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft erstellt
6. Rechtliche Verhältnisse
7. Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen des Jahresabschlusses

Allgemeine Auftragsbedingungen für Steuerberater und
Steuerberatungsgesellschaften vom Februar 2009

Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses

1. Auftragsannahme

1.1 Auftraggeber und Auftragsabgrenzung

Die Geschäftsführung der

FBF Betondienst GmbH, Ostfildern

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 aus den uns vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte nach gesetzlichen Vorgaben und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte zu entwickeln. Diesen Auftrag zur Erstellung ohne Beurteilungen haben durchgeführt.

Allgemeine Auftragsbedingungen

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (Stand: Februar 2009), maßgebend.

1.2 Auftragsdurchführung

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses und bei unserer Berichterstattung hierüber haben wir die einschlägigen Normen unserer Berufsordnung und unsere Berufspflichten beachtet, darunter die Grundsätze der Unabhängigkeit, Gewissenhaftigkeit, Verschwiegenheit und Eigenverantwortlichkeit (§ 57 StBerG).

Die Erstellung des Jahresabschlusses umfasst unabhängig von der Art unseres Auftrags die Tätigkeiten, die erforderlich sind, um auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der eingeholten Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen, die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie einen Anhang und weitere Abschlussbestandteile zu erstellen.

Nicht zur Erstellung des Jahresabschlusses gehören die erforderlichen Entscheidungen über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisungswahlrechte sowie Ermessensentscheidungen). Bestehende Gestaltungsmöglichkeiten wurden von uns im Rahmen der Erstellung nach den Vorgaben des Kaufmanns bzw. der gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

Entsprechendes gilt für Entscheidungen über die Anwendung von Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen des Jahresabschlusses für kleine und mittelgroße Gesellschaften.

Wir haben unseren Auftraggeber darüber hinaus über gesetzliche Fristen zur Aufstellung, Feststellung und Offenlegung des Jahresabschlusses aufgeklärt.

Wir haben in unserer Praxis Regelungen eingeführt, die mit hinreichender Sicherheit gewährleisten, dass bei der Auftragsabwicklung zur Erstellung eines Jahresabschlusses einschließlich der Berichterstattung die gesetzlichen Vorschriften und fachlichen Regeln beachtet werden.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses haben wir die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Wesentlichkeit beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erforderte von uns die Kenntnis und Beachtung der hierfür geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, einschlägiger Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie der einschlägigen fachlichen Verlautbarungen.

Im Rahmen des erteilten Auftrags haben wir die gesetzlichen Vorschriften für die Aufstellung von Jahresabschlüssen sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet. Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Als Erstellungsunterlagen dienten die Buchhaltungsunterlagen, die vollständigen Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das gesamte Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Vollständigkeitserklärung

Die Erstellung des Jahresabschlusses durch uns befreit das für die Buchführung zuständige Organ nicht von seiner gesetzlichen Verantwortung für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Buchführung.

Die Einholung der Vollständigkeitserklärung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Jahresabschlusses erfolgte in der Weise, dass wir dem zuständigen Organ des Unternehmens als Grundlage seiner Erklärung den Entwurf des Jahresabschlusses, die Abschlussunterlagen und einen Entwurf dieses Erstellungsberichts vorgelegt haben.

2. Grundlagen des Jahresabschlusses

2.1 Buchführung und Inventar, erteilte Auskünfte

Die Buchführung und die Anlagenbuchführung wurden auf den EDV-Systemen des Unternehmens erstellt. Die dabei eingesetzte Software erfüllt die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Finanzbuchführung und Entwicklung des Jahresabschlusses.

Auskünfte erteilten folgende Auskunftspersonen:

Herr Dr. Ulrich Lotz (Geschäftsführer) sowie
Herr Hans-Dieter Sturm

Alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise wurden von der Geschäftsführung und von den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht.

2.2 Ausübung von Wahlrechten

Erforderliche Entscheidungen über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweishwahlrechte sowie Ermessensentscheidungen) gehören nicht zur Erstellung des Jahresabschlusses. Wir haben unseren Auftraggeber jedoch über die Ausübung materieller und formeller Gestaltungsmöglichkeiten (Ansatz-, Bewertungs- und Ausweishwahlrechte sowie Ermessensentscheidungen) in Kenntnis gesetzt, Entscheidungsvorgaben unseres Auftragsgebers hierzu eingeholt und diese im Rahmen der Erstellung exakt nach den Vorgaben der gesetzlichen Vertreter ausgeübt.

Entsprechendes galt für Entscheidungen über die Anwendung von Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen des Jahresabschlusses für kleine und mittelgroße Gesellschaften.

Wir haben unseren Auftraggeber darüber hinaus über gesetzliche Fristen zur Aufstellung, Feststellung und Offenlegung des Jahresabschlusses aufgeklärt.

2.3 Grundlagen des Jahresabschlusses

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Anlagenbuchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Lohn- und Gehaltsbuchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Saldenvorträge zum 01.01.2024 entsprechen den Ansätzen in der Bilanz zum 31.12.2023.

Die Buchführung der Gesellschaft ist ordnungsgemäß und beweiskräftig, das Belegwesen ist geordnet. Die Salden des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 sind ordnungsgemäß vorgetragen worden.

Soweit sich im Rahmen unserer Jahresabschlusserstellung Buchungen ergaben, haben wir diese mit der Geschäftsführung unseres Auftraggebers abgestimmt. Die Abschlussbuchungen wurden bis zum Abschluss unserer Tätigkeit vorgenommen.

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht den Vorschriften des HGB unter besonderer Beachtung der §§ 266 und 275 HGB. Das Anlagevermögen ist in einem Bestandsnachweis ordnungsgemäß entwickelt.

Die geltenden handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften wurden unter Berücksichtigung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit beachtet. Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Allen am Bilanzstichtag bestehenden Risiken - soweit sie bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses erkennbar waren - ist durch die Bildung ausreichender Rückstellungen und Wertberichtigungen Rechnung getragen. Soweit solche Risiken nach dem Bilanzstichtag entstanden sind, wird auf den Anhang verwiesen.

Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung - soweit sie nicht bereits dort gemacht wurden - und er gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

Die einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden im Erläuterungsteil ausführlich dargestellt.

Auf weitergehende Erläuterungen im Anhang wird hingewiesen.

3. Wirtschaftliche und rechtliche Verhältnisse

Auf die Darstellung der Vermögenslage, der Finanzlage sowie der Vertragslage wurde in Abstimmung mit der Geschäftsleitung der FBF Betondienst GmbH verzichtet.

Bezüglich der rechtlichen Verhältnisse der Gesellschaft wird auf Anlage 6 dieses Berichts verwiesen.

4. Art und Umfang der Erstellungsarbeiten

Art, Umfang und Ergebnis der während unserer Auftragsdurchführung im Einzelnen vorgenommenen Erstellungshandlungen haben wir, soweit sie nicht in diesem Erstellungsbericht dokumentiert sind, in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

5. Vorgelegte Belege, Bücher und Bestandsnachweise

Beim erteilten Auftrag zur Erstellung ohne Beurteilungen sind Ausführungen zu den von uns geführten Büchern und den uns darüber hinaus vorgelegten Belegen und Bestandsnachweisen nicht erforderlich, weil keine Besonderheiten festgestellt wurden.

6. Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung

An die FBF Betondienst GmbH

Die Bescheinigung zu dem von uns erstellten Jahresabschluss enthält keine Ergänzungen.

Der Vorjahresabschluss wurde am 10.04.2024 festgestellt.

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - der FBF Betondienst GmbH, Ostfildern, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 auf der Grundlage der uns von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Eine Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit dieser Unterlagen und der Angaben des Unternehmens war nicht Gegenstand unseres Auftrags. Die gesetzlichen Vertreter tragen die Verantwortung für den Jahresabschluss.

Bei der Durchführung unseres Auftrages sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen.

Stuttgart, den 24. Februar 2025



Petra Grau
Steuerberaterin

Vorstehende Bescheinigung darf nur eingebunden in die gesamte vorliegende Berichterstattung verwendet werden. Eine gesonderte Verwendung ist nicht gestattet.

FBF Betondienst GmbH, Ostfildern
Bilanz zum 31. Dezember 2024

A k t i v a				P a s s i v a			
	EUR	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59		
1. EDV-Software		0,00	0	II. Bilanzgewinn			
II. Sachanlagen				1. Gewinnvortrag	17.699,73		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		28.475,00	33	2. Jahresfehlbetrag	<u>-10.609,12</u>	32.655,20	43
III. Finanzanlagen				B. Rückstellungen			
1. Beteiligungen	25.000,00			1. Steuerrückstellungen	0,00		
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>0,00</u>	25.000,00	25	2. Sonstige Rückstellungen	<u>13.000,00</u>	13.000,00	11
B. Umlaufvermögen				C. Verbindlichkeiten			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.375,47		20
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	158.280,19		162	2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>28.092,90</u>	48.468,37	28
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>814,40</u>	159.094,59	5	davon aus Steuern			
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		245.276,11	274	EUR 25.405,23 (Vorjahr: EUR 2.670,41)			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit			
				EUR 91,96 (Vorjahr: EUR 49,11)			
				D. Rechnungsabgrenzungsposten		363.722,13	397
		457.845,70	499			457.845,70	499

FBF Betondienst GmbH, Ostfildern
Gewinn- und Verlustrechnung für 2024

	EUR	EUR	2023 TEUR
1. Umsatzerlöse		922.371,88	903
2. Bestandsveränderungen		0,00	0
3. Sonstige betriebliche Erträge		115.245,41	113
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00		0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>497.944,33</u>	497.944,33	482
5. Personalaufwand			
Löhne und Gehälter einschl. soziale Abgaben		390.785,51	379
6. Abschreibungen auf Sachanlagen		10.990,53	9
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		149.722,99	143
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.087,83	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.169,57	2
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-32,69</u>	<u>0</u>
11. Ergebnis nach Steuern		-9.875,12	1
12. Sonstige Steuern		<u>734,00</u>	<u>0</u>
13. Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)		<u><u>-10.609,12</u></u>	<u><u>1</u></u>

FBF Betondienst GmbH, Ostfildern
Anhang 2024

Allgemeiner Hinweis

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für kleine Kapitalgesellschaften.

Bei der erstmaligen Aufstellung des Jahresabschlusses nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden die Vorjahresvergleichszahlen auf Grund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht angepasst.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Bewertung der einzelnen Vermögens- und Schuldposten entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Die angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze entsprechen den in den Vorjahren angewandten Grundsätzen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

1. Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen im Rahmen der steuerlich zulässigen Möglichkeiten bilanziert. Die Abschreibungen wurden ausschließlich nach der linearen Methode ermittelt. Als betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurde bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung ein Zeitraum von 3 bis 7 Jahren zugrunde gelegt.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit.

3. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Die Bestände sind zu Nennwerten bilanziert.

4. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Stammkapital) beträgt unverändert EUR 25.564,59.

Der Bilanzgewinn in Höhe von EUR 6.276,21 resultiert aus dem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 11.423,52 zuzüglich des Gewinnvortrages in Höhe von EUR 17.699,73.

5. Rückstellungen

Rückstellungen wurden gebildet für ausstehende Rechnungen, noch nicht genommenen Urlaub sowie die Erstellung des Jahresabschlusses 2024.

6. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 11.423,52 auf neue Rechnung vorzutragen.

Sonstige Angaben

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Dr. Ulrich Lotz

Ostfildern, den 24.02.2025

FBF Betondienst GmbH

Dr. Ulrich Lotz

Entwicklung des Anlagevermögens 2024

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten 01.01.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten 31.12.2024 EUR	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2024 EUR	Abschreibungen/ Zuschreibungen vom 01.01.2024 bis 31.12.2024 EUR	Abschreibungen Abgänge EUR	Buchwert 31.12.2024 EUR	Buchwert 31.12.2023 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
EDV-Software	35.189,50	0,00	0,00	0,00	35.189,50	35.189,50	0,00	0,00	0,00	0,00
	35.189,50	0,00	0,00	0,00	35.189,50	35.189,50	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen										
Geschäftsausstattung	76.479,94	3.919,03	1.018,10	0,00	79.380,87	75.763,87	3.159,03	1.018,10	3.617,00	2.857,00
Firmenwagen	88.771,22	0,00	0,00	0,00	88.771,22	63.913,22	5.524,00	0,00	24.858,00	30.382,00
GWG	0,00	2.307,50	2.307,50	0,00	0,00	0,00	2.307,50	2.307,50	0,00	0,00
	165.251,16	6.226,53	3.325,60	0,00	168.152,09	139.677,09	10.990,53	3.325,60	28.475,00	33.239,00
	200.440,66	6.226,53	3.325,60	0,00	203.341,59	174.866,59	10.990,53	3.325,60	28.475,00	33.239,00

Lagebericht

FBF Betondienst GmbH, Gerhard-Koch-Str. 2+4, 73760 Ostfildern

Geschäftsentwicklung 2024

2024 wurde der Leitkongress (68. BetonTage) nochmals im zweiten Quartal im Mai durchgeführt, die Teilnehmerresonanz lag bei etwa 85% des Vor-Corona-Niveaus. Teilnehmer und Aussteller wünschen sich eine Rückkehr ins erste Quartal, was ab 2025 gelingt (11.-13.3.2025). Da die Kongress-Location aufgrund der digitalen Anforderungen (Präsenz mit Digital Stream als Ergänzung) 2022 neu gewählt werden musste (Congress Centrum/Maritim Hotel Ulm), sind höhere Kosten für die Tagung entstanden, die zumindest bei den Ausstellern durch erhöhte Einnahmen teilkompensiert werden konnten.

Liquiditätslage und Maßnahmen zur Steigerung der Erlössituation bzw. Kostenreduzierung und zur Liquiditätssicherung

Die Erträge der FBF Betondienst GmbH stiegen 2024 im Vergleich zum Jahr 2023 (1.016.427,56 Euro) leicht auf 1.040.705,12 Euro, allerdings bei Kostensteigerungen durch externe Kosten sowie moderate Tarifierpassungen beim Personal. Durch interne Kostenreduzierungen, Mehrfachbeschäftigung des eingesetzten Personals und die Gewinnung von Fördermitteln (rund 40 Tsd. Euro) konnte der Jahresfehlbetrag auf 10,6 Tsd. Euro begrenzt werden.

Das Veranstaltungskonzept wurde im Umfang um knapp einen Tag reduziert, was ebenfalls kostendämpfend wirken wird. Neue digitale und bepreiste Zusatzangebote für Aussteller steigern die Einnahmensituation, ebenso die Gewinnung ergänzender Sponsoren für 2025.

Wirtschaftliche Perspektive und Weiterentwicklung des Kongress- und Veranstaltungsgeschäftes sowie neuer Dienstleistungen

Durch die bereits positive Auslastung der 69. BetonTage (11.-13.03.2025), u.a. durch eine gut gebuchte Ausstellung, zeigt sich eine Stabilisierung der Liquiditäts- und Ertragslage. Darüber hinaus wurde mit dem Geschäftsfeld „Digitale Services“ ein zweites Standbein entwickelt, das zur Erlöserzielung beiträgt. Dennoch wirkt die rückläufige Baukonjunktur sowie die im Frühjahr 2025 extrem dichte Veranstaltungskonkurrenz (BAU, BWI-Kongress, Bau-technik-Tag, BAUMA) deutlich auf die zu erwartende Teilnehmerzahl ein.

Ostfildern, 24.02.2025

FBF Betondienst GmbH
Geschäftsführer

gez. Dr. Ulrich Lotz

FBF Betondienst GmbH, Ostfildern
Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRB Nr. 214566 eingetragen. Ein Handelsregisterauszug vom 10.01.2014 mit der letzten Eintragung vom 07.01.2014 liegt vor.

Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 08.01.1991 (Urkundenrolle Nr. 39/1991/H des Notars Dr. Klaus vom Hagen, Stuttgart) gegründet.

Sitz der Gesellschaft ist Ostfildern. Der Sitz wurde im Wirtschaftsjahr 2004 von Stuttgart nach Ostfildern verlegt. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 21.04.2004.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die technisch-fachliche Organisation von Kongressen und Seminaren sowie Marketing zur Information, Qualitätssicherung und Normung.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Stammkapital

Das Stammkapital ist voll eingezahlt.

Alleiniger Gesellschafter ist der Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V.

Geschäftsführung und Vertretung

Zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Gesellschaft ist

Herr Dr. Ulrich Lotz

bestellt worden.

FBF Betondienst GmbH, Ostfildern

Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen des Jahresabschlusses

BILANZ**AKTIVA****A. Anlagevermögen****EUR****EUR****I. Immaterielle Vermögensgegenstände**0,00

(i. V. 0,00)

II. Sachanlagen28.475,00

(i. V. 33.239,00)

Stand 01.01.2024

33.239,00

Zugänge

6.226,53

Abgänge

0,00

39.465,53

Abschreibungen

10.990,53

Stand 31.12.2024

28.475,00

Die Zugänge setzen sich zusammen aus:

EUR

3 Lenovo Notebooks

2.635,00

Panasonic Viedeo-Kamera Lumix

1.284,03

GWG

2.307,50

6.226,53**EUR****EUR****III. Finanzanlagen**25.000,00

(i. V. 25.000,00)

1. Beteiligungen

BCF Building Congress Forum GmbH

25.000,0025.000,00

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Kundenforderungen	158.280,19
	<u>158.280,19</u>
	(i. V. 161.668,60)

Kundenforderungen	159.650,19
Pauschalwertberichtigung	-1.370,00
	<u>158.280,19</u>

davon gegen Gesellschafter	24.926,37
----------------------------	-----------

EUR

EUR

2. Sonstige Vermögensgegenstände

814,40
<u>814,40</u>
(i. V. 5.031,00)

Sonstige Forderungen

Kapitalertragsteuer/Solidaritätszuschlag	814,40
	<u>814,40</u>

II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

245.276,11
<u>245.276,11</u>
(i. V. 273.806,72)

Kassenbestand	302,22
KSK Esslingen-Nürtingen	
Kontokorrentkonto	34.973,89
Geldmarktkonto	210.000,00
Festgeldkonto	0,00
	<u>245.276,11</u>

Die Bestände zum Bilanzstichtag wurden durch Belege nachgewiesen.

PASSIVA

	EUR	EUR	EUR
A. <u>Eigenkapital</u>			<u>32.655,20</u>
			(i. V. 43.264,32)
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59	
II. Bilanzgewinn			
1. Gewinnvortrag	17.699,73		
2. Jahresfehlbetrag	<u>-10.609,12</u>	7.090,61	
		<u>32.655,20</u>	

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	<u>0,00</u>
	(i. V. 0,00)

	01.01.2024 EUR	Verbrauch/ Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2024 EUR
Körperschaftsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewerbesteuer	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Sonstige Rückstellungen	<u>13.000,00</u>
	(i. V. 11.200,00)

	01.01.2024 EUR	Verbrauch/ Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2024 EUR
Urlaubsrückstellung	4.000,00	4.000,00	6.200,00	6.200,00
Jahresabschlusskosten	3.200,00	3.200,00	3.800,00	3.800,00
Berufsgenossenschaft	0,00	0,00	0,00	0,00
ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Archivierung	4.000,00	1.000,00	0,00	3.000,00
	<u>11.200,00</u>	<u>8.200,00</u>	<u>10.000,00</u>	<u>13.000,00</u>

C. Verbindlichkeiten**EUR****EUR**

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		<u>20.375,47</u>
	(i. V.	19.515,56)
davon gegenüber Gesellschaftern	0,00	
2. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>28.092,90</u>
	(i. V.	27.520,57)
Umsatzsteuer November 2024	29.362,04	
Umsatzsteuer Dezember 2024	-5.537,10	
Umsatzsteuererklärung 2024	164,74	
		<hr/>
Umsatzsteuer 2024	23.989,68	
Lohnsteuer Dezember 2024	3.573,00	
		<hr/>
	27.562,68	
Soziale Sicherheit	210,22	
Vermögensbildung	320,00	
		<hr/>
	28.092,90	<hr/>

D. Rechnungsabgrenzungsposten363.722,13

(i. V. 397.244,87)

<u>BetonTage 2024</u>	
erhaltene Vorauszahlungen	410.566,00
geleistete Ausgaben	-46.843,87
	<hr/>
	<u>363.722,13</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2024 EUR	2023 EUR
1. Umsatzerlöse		
Erlöse BetonTage	806.303,65	796.653,78
Nicht steuerbare Leistungen BetonTage	97.960,00	56.340,00
Nicht steuerbare Leistungen	2.990,00	0,00
Erlöse Digitalisierung	15.118,23	37.960,03
Sonstige Erlöse	0,00	11.779,00
	<u>922.371,88</u>	<u>902.732,81</u>
2. Bestandsveränderungen		
Bestandserhöhungen (+) / -verminderungen (-)	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
3. Sonstige betriebliche Erträge		
Erträge aus Kostenumlage		
Kfz-Kosten	12.258,65	10.049,81
Sonstiges	41.739,94	50.259,07
Erträge aus Weiterverrechnungen	53.496,58	34.931,00
Erträge aus Kfz-Versteuerung	2.078,62	2.893,03
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.000,00	354,02
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	0,00	0,00
Erträge aus der Herabsetzung der PWB auf Forderungen	180,00	0,00
Erstattungen AufwendungsausgleichsG	4.491,62	3.084,49
Investitionszuschüsse	0,00	12.000,00
Sonstige Erträge	0,00	0,00
	<u>115.245,41</u>	<u>113.571,42</u>
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Aufwendungen BetonTage	497.944,33	481.435,84
	<u>497.944,33</u>	<u>481.435,84</u>

	2024 EUR	2023 EUR
5. Personalaufwand		
Löhne und Gehälter einschl. soziale Abgaben	390.785,51	379.341,97
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	10.990,53	9.132,99
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Mietkosten	16.046,28	15.896,28
Nebenkosten	8.814,11	9.617,73
Instandhaltung betrieblicher Räume	0,00	720,05
Reisekosten	2.388,11	1.920,93
Fahrzeugkosten	18.342,66	10.140,69
Öffentlichkeitsarbeit	9.079,39	8.403,94
Tagungs- und Repräsentationskosten	458,39	483,39
Bewirtungskosten	275,71	661,80
Mietleasing bewegliche Wirtschaftsgüter	14.023,21	13.478,40
Reparaturen	1.993,72	493,25
Porto	1.296,90	379,20
Telefon	2.681,43	3.206,06
Bürobedarf	4.524,91	6.030,36
Versicherungen	380,80	593,74
Bücher, Zeitungen, Drucksachen	538,69	480,98
Fortbildungskosten	3.946,89	9.922,60
Freiwillige Sozialleistungen	2.669,52	1.190,73
Kosten Personaleinstellung	1.717,14	4.645,36
Rechts- und Beratungskosten	4.199,70	0,00
Steuerberatungskosten	4.439,50	4.088,00
Buchführungskosten	12.840,00	10.922,00
Programmierungsaufgaben, Pflege	12.402,91	12.584,20
Aufwendungen für Lizenzen	5.942,78	10.276,35
Auftragsarbeiten	2.336,67	1.260,00
Aufwand zur Weiterberechnung	6.216,58	5.070,06
Beiträge, Gebühren	7.975,94	4.354,61
Einstellung in PWB auf Forderungen	0,00	870,00
Forderungsverluste	0,00	0,00
Aufwand Abfallbeseitigung	0,00	181,42
Sonstige	4.191,05	5.115,59
	149.722,99	142.987,72

	2024 EUR	2023 EUR
8. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>		
Zinsen	3.087,83	123,33
	<u>3.087,83</u>	<u>123,33</u>
9. <u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>		
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren	0,00	0,00
Nebenkosten des Geldverkehrs	1.169,57	1.834,37
	<u>1.169,57</u>	<u>1.834,37</u>
10. <u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>		
Körperschaftsteuer für Vorjahre	-31,00	0,00
Solidaritätzuschlag zur Kapitalertragsteuer	-1,69	0,00
Kapitalertragsteuer	0,00	30,83
Solidaritätzuschlag zur Kapitalertragsteuer	0,00	1,69
	<u>-32,69</u>	<u>32,52</u>
11. <u>Ergebnis nach Steuern</u>	<u>-9.875,12</u>	<u>1.662,15</u>
12. <u>Sonstige Steuern</u>	<u>734,00</u>	<u>734,00</u>
13. <u>Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)</u>	<u>-10.609,12</u>	<u>928,15</u>

Allgemeine Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften

Stand: Februar 2009

Die folgenden „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ gelten für Verträge zwischen Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten und Steuerberatungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung ausgeführt.
- (2) Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er Unrichtigkeiten feststellt, ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen. Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies schriftlich vereinbart ist.
- (3) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen dar. Sie ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwährenden Handlungen berechtigt und verpflichtet.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (4) Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers und dessen Mitarbeitern im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen.
- (5) Der Steuerberater darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen. Darüber hinaus besteht keine Verschwiegenheitspflicht, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerberater abgelegte und geführte – Handakte genommen wird.
- (6) Der Steuerberater hat beim Versand bzw. der Übermittlung von Unterlagen, Dokumenten, Arbeitsergebnissen etc. auf Papier oder in elektronischer Form die Verschwiegenheitsverpflichtung zu beachten. Der Auftraggeber stellt seinerseits sicher, dass er als Empfänger ebenfalls alle Sicherungsmaßnahmen beachtet, dass die ihm zugeleiteten Papiere oder Dateien nur den hierfür zuständigen Stellen zugehen. Dies gilt insbesondere auch für den Fax- und E-Mail-Verkehr. Zum Schutz der überlassenen Dokumente und Dateien sind die entsprechenden technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Sollten besondere über das normale Maß hinausgehende Vorkehrungen getroffen werden müssen, so ist eine entsprechende schriftliche Vereinbarung über die Beachtung zusätzlicher sicherheitsrelevanter Maßnahmen zu treffen, insbesondere ob im E-Mail-Verkehr eine Verschlüsselung vorgenommen werden muss.

3. Mitwirkung Dritter

- (1) Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, fachkundige Dritte sowie datenverarbeitende Unternehmen heranzuziehen. Bei der Heranziehung von fachkundigen Dritten und datenverarbeitenden Unternehmen hat der Steuerberater dafür zu sorgen, dass diese sich zur Verschwiegenheit entsprechend Nr. 2 Abs. 1 verpflichten.
- (2) Der Steuerberater ist berechtigt, allgemeinen Vertretern (§ 69 StBerG) sowie Praxistreuhandern (§ 71 StBerG) im Falle ihrer Bestellung Einsichtnahme in die Handakten i.S.d. § 66 Abs. 2 StBerG zu verschaffen.
- (3) Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach dem Bundesdatenschutzgesetz, einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern der Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Nr. 2 Abs. 1 S. 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit auf das Datengeheimnis verpflichtet.

4. Mängelbeseitigung

- (1) Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Dem Steuerberater ist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben. Der Auftraggeber hat das Recht – wenn und soweit es sich bei dem Mandat um einen Dienstvertrag im Sinne der §§ 611, 675 BGB handelt – die Nachbesserung durch den Steuerberater abzulehnen, wenn das Mandat durch den Auftraggeber beendet und der Mangel erst nach wirksamer Beendigung des Mandats durch einen anderen Steuerberater festgestellt wird.
- (2) Beseitigt der Steuerberater die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Steuerberaters die Mängel durch einen anderen Steuerberater beseitigen lassen bzw. nach seiner Wahl Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrags verlangen.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnete Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

5. Haftung

- (1) Der Steuerberater haftet für eigenes sowie für das Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen.
- (2) Der Anspruch des Auftraggebers gegen den Steuerberater auf Ersatz eines nach Abs. 1 fahrlässig verursachten Schadens wird auf 4.000.000,00 €¹⁾ (in Worten: vier Millionen €) begrenzt.
- (3) Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen, insbesondere die Haftung auf einen geringeren als den in Abs. 2 genannten Betrag begrenzt werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber zusammen mit diesen Allgemeinen Auftragsbedingungen bei Vertragsabschluss ausgehändigt werden soll.
- (4) Soweit ein Schadenersatzanspruch des Auftraggebers kraft Gesetzes nicht einer kürzeren Verjährungsfrist unterliegt, verjährt er a) in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, und der Auftraggeber von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste, b) ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in fünf Jahren von seiner Entstehung an und c) ohne Rücksicht auf seine Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen den Schaden auslösenden Ereignis an. Maßgeblich ist die früher endende Frist.
- (5) Die in den Absätzen 1 bis 4 getroffenen Regelungen gelten auch gegenüber anderen Personen als dem Auftraggeber, soweit ausnahmsweise im Einzelfall vertragliche oder außervertragliche Beziehungen auch zwischen dem Steuerberater und diesen Personen begründet worden sind.
- (6) Von den Haftungsbegrenzungen ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

1) Bitte ggf. Betrag einsetzen. (Um von dieser Regelung Gebrauch machen zu können, muss bei Steuerberatern die vertragliche Versicherungssumme wenigstens 1 Million € für den einzelnen Schadensfall betragen; anderenfalls ist der Abs. 2 zu streichen.)



6. **Pflichten des Auftraggebers; Unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers**
- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Mandant ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.
 - (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
 - (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
 - (4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet und berechtigt, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu vervielfältigen. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.
 - (5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 6 Abs. 1 bis 4 oder sonst wie obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, eine angemessene Frist mit der Erklärung zu bestimmen, dass er die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnt. Nach erfolglosem Ablauf der Frist darf der Steuerberater den Vertrag fristlos kündigen (vgl. Nr. 8 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.
7. **Bemessung der Vergütung, Vorschuss**
- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Gebührenverordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften.
 - (2) Für Tätigkeiten, die in der Gebührenverordnung keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nr. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, anderenfalls die übliche Vergütung (§ 612 Abs. 2 und § 632 Abs. 2 BGB).
 - (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.
 - (4) Für bereits entstandene und die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern. Wird der eingeforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Mandanten einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Steuerberater ist verpflichtet, seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Mandanten rechtzeitig bekanntzugeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können.
8. **Beendigung des Vertrags**
- (1) Der Vertrag endet durch Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
 - (2) Der Vertrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag im Sinne der §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich nach Maßgabe des § 627 BGB gekündigt werden; die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber ausgehändigt werden soll.
 - (3) Bei Kündigung des Vertrags durch den Steuerberater sind zur Vermeidung von Rechtsverlusten des Auftraggebers in jedem Fall noch diejenigen Handlungen vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden (z. B. Fristverlängerungsantrag bei drohendem Fristablauf). Auch für diese Handlungen haftet der Steuerberater nach Nr. 5.
 - (4) Der Steuerberater ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält oder erhalten hat und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Außerdem ist der Steuerberater verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf Verlangen über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.
 - (5) Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die bei ihm zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. von der Festplatte zu löschen.
 - (6) Nach Beendigung des Mandatsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.
9. **Vergütungsanspruch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags**
- Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach dem Gesetz. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber ausgehändigt werden soll.
10. **Aufbewahrung, Herausgabe und Zurückbehaltungsrecht von Arbeitsergebnissen und Unterlagen**
- (1) Der Steuerberater hat die Handakten auf die Dauer von zehn Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt jedoch schon vor Beendigung dieses Zeitraums, wenn der Steuerberater den Auftraggeber schriftlich aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.
 - (2) Zu den Handakten im Sinne dieser Vorschrift gehören alle Schriftstücke, die der Steuerberater aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Briefwechsel zwischen dem Steuerberater und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat, sowie für die zu internen Zwecken gefertigten Arbeitspapiere.
 - (3) Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens nach Beendigung des Auftrags, hat der Steuerberater dem Auftraggeber die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.
 - (4) Der Steuerberater kann die Herausgabe seiner Arbeitsergebnisse und der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Zurückbehaltung nach den Umständen, insbesondere wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge, gegen Treu und Glauben verstoßen würde. Bis zur Beseitigung vom Auftraggeber rechtzeitig geltend gemachter Mängel ist der Auftraggeber zur Zurückbehaltung eines angemessenen Teils der Vergütung berechtigt.
11. **Anzuwendendes Recht und Erfüllungsort**
- (1) Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.
 - (2) Erfüllungsort ist der Wohnsitz des Auftraggebers, wenn er nicht Kaufmann im Sinne des HGB ist, ansonsten der Sitz des Steuerberaters.
12. **Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit; Änderungen und Ergänzungen**
- (1) Falls einzelne Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige zu ersetzen, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt.
 - (2) Änderungen und Ergänzungen dieser Auftragsbedingungen bedürfen der Schriftform.